

Gerhard Lehner

Nettodefizit des Bundes bei 3,3% des BIP stabilisiert

Der Bundeshaushalt 1992

Der vorläufige Gebarungserfolg des Bundes für 1992 wird hier vor allem unter zwei Aspekten analysiert: Wieweit entspricht er, erstens, den mittelfristigen Zielsetzungen der Budgetpolitik, die im Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien für die laufende Legislaturperiode festgelegt sind (wobei auch die kurzfristigen Wirkungen berücksichtigt werden)? Worauf sind, zweitens, die Abweichungen der Ausgaben und Einnahmen im Vollzug zurückzuführen, und inwiefern sind dies einmalige Vorgänge (etwa Rücklagengebarung) oder längerfristige Einflüsse?

Der Bund hat 1992 das Nettodefizit bei 3,3% des BIP stabilisiert. Erstmals seit 1986 wurde im Vollzug der veranschlagte Budgetabgang überschritten. Das Bild ist jedoch verzerrt, weil hohe Rücklagenzuführungen das Nettodefizit merklich erhöhten. Mittelfristig dürften die rasch steigenden Transfers und Zahlungen an andere Träger öffentlichen Rechts die Budgetkonsolidierung erschweren.

(67,1 Mrd. S). Daraus ergibt sich, daß der Budgetvollzug 1992 maßgeblich von den Vermögenstransaktionen geprägt war. Der Nettoabgang hat sich im Vollzug nur durch außergewöhnliche (einmalige) Einflüsse erhöht, und dies verzerrt das Bild.

Der BIP-relevante Saldo zeigt aber auch, daß der Bundeshaushalt 1992 restriktiv wirkte. Die Entzugseffekte der Steuern nahmen spürbar zu, zum anderen wurden die laufenden Ausgaben im Vollzug sehr genau eingehalten. Neben den Vermögenstransaktionen wird der Nettoabgang auch von den Ausgaben für Finanzschuldzinsen maßgeblich geprägt. Der Pri-

märsaldo (Nettodefizit abzüglich Zinsausgaben) weist einen steigenden Überschuß auf. Er betrug 1992 6,4 Mrd. S (1991 4,5 Mrd. S), d. h. die Zinsausgaben übersteigen bereits die Neuverschuldung.

Dieser Primärüberschuß ist aber notwendig, um die Relation zwischen Finanzschulden und BIP zu stabilisieren — international ein wichtiges Kriterium für die Beurteilung der Finanzpolitik eines Landes¹⁾. So war es möglich, die Schuldenquote 1992 auf 48,7% zu senken (1991 49,0%), obwohl der durchschnittliche Zinssatz der Finanzschuld mit 7,5% noch immer deutlich über der nominellen Wachstumsrate des BIP (6,4%) lag. Solange der durchschnittliche Zinssatz höher ist als die nominelle Wachstumsrate des BIP, ist die Konsolidierung — der weitere Abbau des Nettodefizits — zusätzlich erschwert, weil es dann weiter steigender Primärüberschüsse bedarf.

Die Budgetkonsolidierung setzte sich 1992 nicht weiter fort. Die Defizitquote blieb 1992 mit 3,3% im Vergleich zu

Vermögenstransaktionen prägen Nettodefizit

Die globale Abweichung der Ausgaben im Budgetvollzug ist primär durch die Rücklagenzuführungen bedingt (12,1 Mrd. S); 6,1 Mrd. S davon entfallen auf die Aufstockung der Ausgleichsrücklage. Auf der Einnahmenseite ist es nicht gelungen, geplante Veräußerungserlöse von rund 7 Mrd. S zu realisieren. Wie stark diese Abweichungen (Rücklagenzuführungen und geringere Veräußerungserlöse) das Bild des Bundeshaushalts 1992 prägen, zeigt ein Vergleich des Nettodefizits mit dem BIP-relevanten Saldo, der die Vermögenstransaktionen unberücksichtigt läßt. Das BIP-relevante Defizit war 1992 mit 55,7 Mrd. S erheblich niedriger als 1991 (69,8 Mrd. S), aber auch viel geringer als im Voranschlag

Der Bundeshaushalt 1992

Übersicht 1

	1991 Erfolg	1992 Bundesvoranschlag Mrd. S	1992 Vorläufiger Erfolg	1991/92 Veränderung in %
Allgemeiner Haushalt				
Ausgaben	619,9	648,8	658,0	+ 6,1
Einnahmen	557,2	585,7	591,6	+ 6,2
Saldo	- 62,7	- 63,1	- 66,3	+ 5,8
Ausgleichshaushalt				
Ausgaben	59,0	92,3	81,6	+ 38,3
Einnahmen	121,7	155,3	147,9	+ 21,6
Saldo	62,7	63,1	66,3	+ 5,8

¹⁾ Die Relation zwischen Finanzschuld und BIP ist eines der fünf Konvergenzkriterien, die im Protokoll zu Art. 104 C des Vertrags von Maastricht angeführt sind.

Der Bundeshaushalt im Überblick

Der vorläufige Gebarungserfolg des Bundes für 1992 weist im *Allgemeinen Haushalt* Gesamtausgaben von 658,0 Mrd. S und Gesamteinnahmen von 591,6 Mrd. S aus. Das Nettodefizit beträgt somit 66,3 Mrd. S, das entspricht 3,3% des Brutto-Inlandsproduktes (1991 3,3%, 1990 3,5%). Die Ausgaben stiegen 1992 um 6,1%, die Einnahmen um 6,2%. Im Budgetvollzug wurden die Ausgaben um 9,2 Mrd. S und die Einnahmen um 5,9 Mrd. S überschritten. Dadurch ist der Abgang im vorläufigen Erfolg 1992 um 3,2 Mrd. S höher als ursprünglich veranschlagt. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß in den Mehrausgaben rund 12,1 Mrd. S an Rücklagenzuführungen enthalten sind. Ohne diese Transaktionen wäre auch 1992, wie in den Vorjahren, der Abgang im Vollzug geringer gewesen als ursprünglich geplant.

Im *Ausgleichshaushalt* stehen 1992 Ausgaben von 81,6 Mrd. S Einnahmen von 147,9 Mrd. S gegenüber. Der Überschuß im Ausgleichshaushalt (66,3 Mrd. S) muß dem Nettodefizit entsprechen, weil der Gesamthaushalt (Allgemeiner Haushalt und Ausgleichshaushalt) immer ausgeglichen ist. Von den Ausgaben im Ausgleichshaushalt entfallen 41,0 Mrd. S auf Tilgungen von Finanzschulden, 16,9 Mrd. S auf die Rückzahlung von Kassenstärkern, die übrigen Ausgaben stehen im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen. Die Einnahmen im Ausgleichshaushalt setzen sich aus Kreditaufnahmen in Höhe von 108,9 Mrd. S, der Aufnahme von Kassenstärkern von 16,9 Mrd. S sowie Einnahmen aufgrund der Währungstauschverträge zusammen. Der Konjunkturausgleichshaushalt wurde 1992, wie in den Vorjahren, nicht freigegeben.

1991 konstant. In der längerfristigen Budgetentwicklung hat sich seit 1990 das Bild geändert. Waren die Einnahmen des Bundes zwischen 1987 und 1990 merklich schwächer als das Brutto-Inlandsprodukt gestiegen, so wachsen sie seither wieder überdurchschnittlich. Die *Einnahmenquote* hat sich daher von 27,9% (1990) auf 29,0% im Jahr 1992 erhöht. Vor allem die Steuereinnahmen steigen überdurchschnittlich. Ihre Quote hat in den letzten Jahren um 1 Prozentpunkt zugenommen. Dadurch wurden nicht nur die Entzuseffekte der Besteue-

Komponenten des Budgetsaldos

Übersicht 2

	1989 Erfolg	1990 Erfolg	1991 Erfolg	1992 Vorläufiger Erfolg
	Mrd. S			
Saldo laufender Transaktionen	-38,7	-28,0	-44,2	-28,6
Investitionen	-25,3	-26,8	-25,6	-27,1
BIP-relevanter Saldo	-64,0	-54,8	-69,8	-55,7
Saldo vermögenswirksamer Transaktionen	+ 1,3	- 8,1	+ 7,1	-10,6
Saldo Allgemeiner Haushalt	-62,7	-62,9	-62,7	-66,3

rung verstärkt und die private Nachfrage gedämpft, diese Tendenz könnte vor allem mittelfristig für die weitere Konsolidierung Probleme bringen.

Dieser Einnahmensteigerung steht seit 1990 auch wieder eine Zunahme der *Ausgabenquote* gegenüber. Sie ist nach einem Rückgang Ende der achtziger Jahre in den letzten Jahren

Der Bundeshaushalt wirkte 1992 restriktiv. Der Primärüberschuß stabilisiert die Finanzschuldenquote.

wieder gestiegen und erreichte 1992 mit 29,0% fast das Niveau von 1988 (28,8%). Schon in früheren Analysen (WIFO-Monatsberichte, 1991, 64(5)) hat das WIFO darauf hingewiesen, daß sich die Quote der Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen nur noch schwer wird weiter senken lassen. Diese Prognose hat sich bestätigt. Seit 1990 ist die Quote der öffentlichen Leistungen bei rund 12% des BIP stabil.

Die Zunahme der globalen Ausgabenquote geht zu einem erheblichen Teil auf die Transfers zurück. Vor allem die Sozialausgaben sind in den letzten Jahren wieder stärker als das Brutto-Inlandsprodukt gestiegen. In den Finanzierungsausgaben zeigt sich hingegen 1992 eine gewisse Zurückhaltung. Vor allem ist es gelungen, den Anstieg des Finanzschuldenaufwands zu bremsen. Die übrigen Finanzierungsausgaben erhöhten sich sogar schwächer als das BIP.

Verschiebungen in der Ausgabenstruktur

Diese Tendenzen spiegeln sich auch in der *funktionellen Gliederung* der Ausgaben. Der Anteil der Sozialausgaben erhöhte sich 1992 auf 24,3% (1991 23,5%). Diese Zunahme ist so-

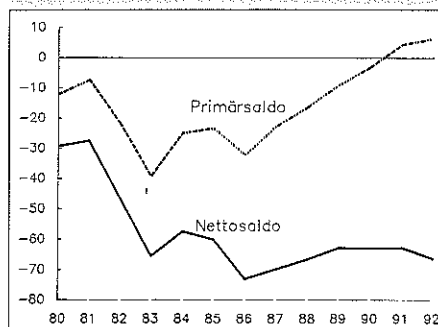
wohl auf die Konjunkturabschwächung als auch auf zusätzliche sozialpolitische Maßnahmen (Erhöhung der Familienbeihilfen, Anspruch auf ein zweites Karenzurlaubsjahr) zurückzuführen. Auch die Ausgaben der „übrigen Hoheitsverwaltung“ erhöhten sich überdurchschnittlich; ein erheblicher Teil der Zunahme entfällt zwar auf die Finanzschuldzinsen, doch expandieren die übrigen Ausgaben in diesem Bereich ebenfalls stark. Ferner gewinnen die Bereiche „Sicherheit“, „Bildung“ (Erziehung und Unterricht) und „Forschung“ an Priorität.

Jene Aufgabenbereiche, die in den vergangenen Jahren ihre Ausgaben unterdurchschnittlich ausweiteten und daher Spielraum für Ausgaben-erweiterungen in anderen Bereichen schufen und zur Budgetkonsolidierung beitragen, erreichen allmählich Untergrenzen. Das gilt sowohl für den „sonstigen Verkehr“ als auch für den Bereich „Straßen“. Der Anteil der Wirtschaftsförderung — das sind die Aufgabenbereiche „Industrie und Gewerbe“ sowie „Private Dienstleistungen“ — an den Ausgaben ist gesunken. Diese Aufgabenbereiche bieten

Budgetsalden

Abbildung 1

Mrd. S



Der Primärsaldo (Nettodefizit minus Ausgaben für Finanzschuldzinsen) weist seit 1991 Überschüsse auf. Die Abweichungen zum Nettosaldo nehmen wegen der steigenden Zinsausgaben spürbar zu.

Ausgaben- und Einnahmenquoten

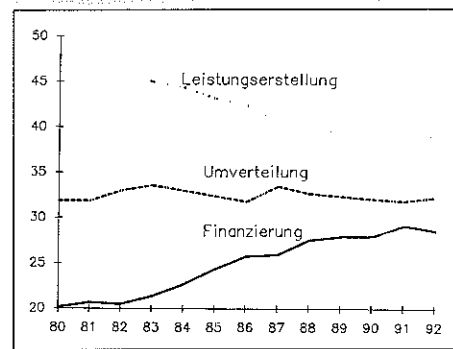
Übersicht 3

	1988	1989	1990	1991	1992
	Erfolg	Erfolg	Erfolg	Erfolg	Vorläufiger Erfolg
	In % des Brutto-Inlandsproduktes				
Ausgaben					
Erstellung von Leistungen	12,7	12,3	12,0	12,0	12,1
Personalaufwand	7,8	7,7	7,5	7,7	7,6
Investitionen	1,6	1,5	1,5	1,3	1,3
Laufender Sachaufwand und Erwerb von Liegenschaften	3,3	3,2	3,0	3,0	3,1
Umverteilung	10,5	10,1	9,7	9,9	10,0
Finanzierung	9,9	10,0	9,7	10,4	10,2
Zinsen	3,2	3,5	3,6	3,9	3,9
Sonstige	6,7	6,4	6,1	6,5	6,3
Ausgaben Allgemeiner Haushalt	33,1	32,3	31,4	32,4	32,3
Einnahmen					
Steuern (netto)	15,8	15,4	15,7	16,2	16,7
Steuerähnliche Einnahmen	4,4	4,2	4,1	3,9	4,2
Betriebseinnahmen	4,9	4,7	4,5	4,4	4,4
Sonstige	3,7	4,2	3,5	4,5	3,7
Einnahmen Allgemeiner Haushalt	28,8	28,6	27,9	29,1	29,0
Nettodefizit	4,2	3,8	3,5	3,3	3,3

Ausgabenstruktur

Abbildung 2

Anteile in %



Die Verschiebung von den Ausgaben zur Erstellung von Leistungen zu den Finanzierungsausgaben ist seit Ende der achtziger Jahre zum Stillstand gekommen.

jedoch längerfristig wenig Spielraum, weil einerseits ihre Quoten gering sind und andererseits längerfristige Verpflichtungen (etwa ÖIAG) bestehen. Die funktionale Gliederung läßt somit ebenfalls sehr deutlich die mittelfristige Enge des Bundeshaushaltes erkennen.

Die Gliederung nach ökonomischen Kriterien zeigt die gleichen Tendenzen. Die Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen waren lange Zeit unterdurchschnittlich gestiegen und haben nun ihren Anteil stabilisiert. Die Verlagerung zu den Finanzierungsausgaben kam zum Stillstand, die Transfers gewinnen hingegen wieder an Bedeutung.

Die Erstellung öffentlicher Güter erforderte 1992 246,1 Mrd S (39,1% der gesamten Ausgaben des Bundes). Wenngleich dieser Anteil nicht mehr weiter sank, ist er noch immer deutlich niedriger als etwa Anfang der achtziger Jahre (47%). Diese Ausgaben wurden 1992 um 6,8% gesteigert, damit hat der Bund eine reale Ausweitung ermöglicht. Der Voranschlag wurde nur geringfügig überschritten.

Der Großteil der Ausgaben für öffentliche Güter entfällt auf den Personalaufwand für aktive Bedienstete und Landeslehrer. Diese Ausgaben stiegen insgesamt 1992 um 6,2% auf 155,6 Mrd. S. Das entspricht etwa der Zunahme der Lohn- und Gehaltssumme in der Gesamtwirtschaft, allerdings wuchsen die Aufwendungen für die Landeslehrer mit +9,1% merklich

stärker als jene für die Bundesbediensteten (+5,7%). Unter der Annahme, daß die Zahl der Bundesbediensteten 1992 wie im Voranschlag vorgesehen ausgeweitet wurde (+0,2%), hätten sich die Gehälter der Bundesbediensteten pro Kopf um 5,5% erhöht. Das deckt sich etwa mit der durchschnittlichen Gehaltssteigerung pro Kopf in der gesamten Wirtschaft.

Die allgemeine Gehaltserhöhung zum 1. Jänner 1992 betrug im öffentlichen Dienst 4,3%. Verschiedene Spartenregelungen und Nebengebühren steigerten die Pro-Kopf-Gehälter zusätzlich im Durchschnitt um rund 1 Pro-

zentpunkt. Die kräftige Zunahme der Ausgaben für Landeslehrer ist nicht nur durch einen stärkeren Anstieg der Pro-Kopf-Gehälter bedingt, auch die Zahl der Lehrer dürfte spürbar gestiegen sein. Diese Entwicklung der Ausgaben für die Landeslehrer und das Auseinanderklaffen von allgemeiner Gehaltserhöhung und den tatsächlichen Gehältern der Bundesbediensteten ist mittelfristig eine Tendenz, die große Aufmerksamkeit erfordern wird.

Für Investitionen wendete der Bund 1992 27,1 Mrd S auf (+5,7%). Damit investierte er auch real mehr als 1991. Dennoch sind die Investitionen des Bundes real noch immer merklich geringer als Mitte der achtziger Jahre.

Ausgaben nach Aufgabenbereichen

Übersicht 4

	1988	1989	1990	1991	1992
	Erfolg	Erfolg	Erfolg	Erfolg	Vorläufiger Erfolg
	In % der Gesamtausgaben				
Erziehung und Unterricht	8,5	8,5	8,6	8,5	8,7
Forschung und Wissenschaft	3,5	3,5	3,4	3,7	3,7
Kunst	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1
Kultus	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Gesundheit	0,8	0,8	0,9	1,1	1,0
Soziale Wohlfahrt	25,3	24,9	23,9	23,5	24,3
Wohnungsbau	3,2	3,1	3,3	3,3	3,4
Straßen	2,9	2,7	2,6	2,4	2,3
Sonstiger Verkehr	18,8	18,4	18,6	17,7	17,4
Land- und Forstwirtschaft	2,8	2,4	2,5	2,5	2,7
Energiewirtschaft	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industrie und Gewerbe	4,0	3,6	3,1	4,1	3,4
Öffentliche Dienstleistungen	1,0	1,0	0,8	0,6	0,4
Private Dienstleistungen	0,8	0,8	1,0	0,8	0,6
Landesverteidigung	3,3	3,4	3,2	3,0	2,9
Staats- und Rechtssicherheit	3,0	3,0	3,1	3,1	3,2
Übrige Hoheitsverwaltung	21,0	22,8	23,8	24,5	24,9
Pensionen	7,7	7,8	7,9	7,8	7,9
Zinsen	9,7	10,9	11,6	12,0	12,2
Übrige	3,6	4,1	4,3	4,6	4,9
Ausgaben Allgemeiner Haushalt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Ausgaben in ökonomischer Gliederung

Übersicht 5

	1991 Erfolg	1992 Bundesvor- anschlag Mrd S	1992 Vorläufiger Erfolg	1991/92 Veränderung in %
Ausgaben zur				
Erstellung von Leistungen	230,5	245,4	246,1	+ 6,8
Umverteilung	189,3	199,5	203,4	+ 7,4
Finanzierung	200,0	203,9	208,5	+ 4,2
Insgesamt	619,9	648,8	658,0	+ 6,1

Selbst nominell blieben sie 1992 noch unter dem durchschnittlichen Niveau der Jahre 1983/1986. Der Anteil der Investitionen des Bundes an den gesamten Investitionen der österreichischen Wirtschaft ist spürbar gesunken. Er lag 1992 bei etwas mehr als 5%, Mitte der achtziger Jahre waren auf den Bund hingegen mehr als 10% der gesamten Investitionen entfallen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß Investitionen zunehmend aus dem Bundeshaushalt ausgegliedert (ASFINAG) oder aber durch andere Finanzierungsformen (Leasing, Bauträger) ersetzt werden; dadurch ergeben sich auch Verschiebungen zwischen den Investitionsausgaben und den laufenden Sachausgaben (Mieten) oder Finanzierungsausgaben. Aus der schwächeren Investitionstätigkeit des Bundes kann daher nicht unmittelbar auf die künftige Entwicklung des Infrastrukturangebotes geschlossen werden.

In der Struktur der Investitionen des Bundes zeigt sich längerfristig eine deutliche Verlagerung zu den *Ausrüstungen*. 1992 entfielen nur rund die Hälfte der Investitionen auf Bauten, Mitte der achtziger Jahre waren es rund 70% gewesen. Da die Ausrüstungen einen höheren Importanteil als die Bauten aufweisen, wird durch diese Verlagerung auch die Nachfragewirksamkeit der Investitionsausgaben des Bundes und damit des gesamten Bundeshaushaltes gedämpft.

Für *Bauten* hat der Bund 1992 13,7 Mrd S ausgegeben (um 2% weniger als 1991). Im Vollzug wurden die veranschlagten Beträge für Bauinvestitionen nicht ganz ausgeschöpft. Vor allem die Ausgaben für bauliche Sonderanlagen (in den Bundesbetrieben) wurden im Vollzug spürbar eingeschränkt. Anders als im Tiefbau gab der Bund für Hochbauten 1992 mit 6,7 Mrd. S um 3,7% mehr aus als

1991. Im Gegensatz zu den Bauten wurden die Ausgaben des Bundes für Ausrüstungen erheblich aufgestockt (rund +15%). Vor allem für Fahrzeuge (in den Betrieben) und für Sonderanlagen wurde spürbar mehr ausgegeben als 1991.

Die *laufenden Sachausgaben* erforderten 1992 62,6 Mrd. S (+8,7%). Diese hohe Zuwachsrate ist jedoch durch hohe Vergütungen innerhalb des Bundeshaushalts, denen gleich hohe Einnahmen gegenüberstehen, verzerrt. Ohne diese Vergütungen betrug die Zunahme der laufenden Sachausgaben rund 5%, das bedeutet real eine (geringe) Ausweitung. Vor allem der Aufwand für die Instandhaltung von Bauten (+6,9%) und die Sachausgaben im Rahmen der Landesverteidigung (+7,7%) stiegen überdurchschnittlich; im Bereich der Landesverteidigung konnten die vor-

gesehenen Sachausgaben im Vollzug nicht vollständig ausgegeben werden.

Kräftige Steigerung der Transfers

Der Bund wendete 1992 für *Transfers* insgesamt 203,4 Mrd. S auf (+7,4%). Die einzelnen Komponenten der Transfers entwickelten sich jedoch recht unterschiedlich. Besonders stark aufgestockt werden mußten die Zahlungen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung (einschließlich Notstandshilfe und Karenzurlaubsgeld). Diese Ausgaben waren 1992 mit 29,1 Mrd. S um 28,5% höher als 1991. Der Großteil dieses Zuwachses entfällt auf die Einführung des zweiten Karenzjahres. Die Aufwendungen für Karenzurlaubsgeld haben sich aufgrund dieser Maßnahme 1992 nahezu verdoppelt (1992 9,2 Mrd S, 1991 4,7 Mrd. S). Ein Teil dieser Summe wird zwar vom Familienlastenausgleichsfonds ersetzt (4,6 Mrd S), doch mußte der Reservefonds zum Familienlastenausgleichsfonds einen Teil seiner Rücklagen auflösen, um diese Überweisungen zu finanzieren.

Neben dem Karenzurlaubsgeld sind aufgrund der wachsenden Arbeitslosigkeit auch die Ausgaben für die Ar-

Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen

Übersicht 6

	1991 Erfolg	1992 Bundesvor- anschlag Mrd S	1992 Vorläufiger Erfolg	1991/92 Veränderung in %
Personalaufwand ¹⁾	146,5	152,6	155,6	+ 6,2
Laufende Sachausgaben	57,6	63,1	62,6	+ 8,7
Investitionen	25,6	29,0	27,1	+ 5,7
Erwerb von Liegenschaften	0,7	0,7	0,8	+ 13,9
Insgesamt	230,5	245,4	246,1	+ 6,8

¹⁾ Aktive Bedienstete einschließlich Landeslehrer und personalaufwandsähnliche Ausgaben im Sachaufwand

Ausgaben zur Umverteilung

Übersicht 7

	1991 Erfolg	1992 Bundesvor- anschlag Mrd S	1992 Vorläufiger Erfolg	1991/92 Veränderung in %
Pensionen ¹⁾	56,1	58,6	59,4	+ 6,0
Zuschüsse zur Pensionsversicherung	57,4	57,9	58,8	+ 2,3
Familienbeihilfen	34,2	37,0	37,0	+ 8,2
Arbeitslosenunterstützung	22,6	26,8	29,1	+ 28,5
Kriegsopferversorgung	6,2	6,3	6,3	+ 1,7
Sonstige	12,7	12,8	12,7	- 0,2
Insgesamt	189,3	199,5	203,4	+ 7,4

¹⁾ Einschließlich Landeslehrer

Transfers an Träger öffentlichen Rechtes

Übersicht 8

	1991 Erfolg	1992 Bundesvor- anschlag Mrd S	1992 Vorläufiger Erfolg	1991/92 Veränderung in %
Bund ¹⁾	16,5	20,5	19,4	+ 17,2
Länder ²⁾	62,6	66,4	68,3	+ 9,1
Gemeinden ³⁾	2,9	3,0	2,8	- 3,2
Sozialversicherungsträger Fonds ⁴⁾	64,1	65,9	66,9	+ 4,4
Sonstige	11,0	9,8	9,6	-12,5
	1,1	1,2	0,3	-75,2
Insgesamt	158,3	166,9	167,3	+ 5,7

¹⁾ Vergütungen und Überweisungen zwischen den Verwaltungszweigen — ²⁾ Einschließlich Wien als Land — ³⁾ Einschließlich Wien als Gemeinde — ⁴⁾ Ohne Überweisungen an Reservefonds und Nullkuponfonds

beitslosenunterstützung spürbar gestiegen (+16,5%) Diese Zunahme war teils unvorhergesehen, und daher wurden auch im Vollzug die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung erheblich stärker ausgeweitet als ursprünglich geplant Die Ausgaben im Rahmen der Arbeitslosenversicherung (einschließlich Karenzurlaubsgeld) erhöhten zwar insgesamt den Budgetsaldo nicht, machten aber andererseits eine Anhebung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von 4,4% auf 4,9% erforderlich.

Die steigende Arbeitslosigkeit und die Einführung des zweiten Karenzurlaubsjahres erforderten eine deutliche Ausweitung der Transfers.

Überdurchschnittlich stiegen auch die Ausgaben für Familienbeihilfen (+8,2%) Diese Entwicklung ist auf die Anhebung der Familienbeihilfen um 100 S pro Monat zurückzuführen Im Vollzug konnten keine Mittel eingespart werden, obwohl eine zusätzliche Erhöhung der Familienbeihilfen um 50 S ab Mitte 1992, die bereits veranschlagt war, nicht realisiert wurde Aus dem Reservefonds für Familienbeihilfen mußten 1992 1,6 Mrd. S bereitgestellt werden

Die Ausgaben für die Pensionen der Beamten (einschließlich der Landeslehrer) erforderten 1992 59,4 Mrd. S (+6%) Sie entwickelten sich damit etwa gleich wie die Aktivbezüge der öffentlich Bediensteten Wenn man unterstellt, daß die Pro-Kopf-Pensionen ähnlich stark stiegen wie die Aktivbezüge, dürfte die Zahl der Bundespensionisten 1992 um 0,8% zugenommen haben

Unterdurchschnittlich stiegen der Bundesbeitrag zur Pensionsversiche-

rung sowie die Ausgaben für die Kriegsofopferversorgung und die sonstigen Transfers An die Pensionsversicherungsträger überwies der Bund 1992 58,8 Mrd. S (+2,3%), davon entfielen 9,2 Mrd S auf die Ausgleichszulagen; sie wurden im Vergleich zu 1991 um 1 Mrd S (+10,7%) erhöht Die Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung stiegen 1992 daher um 1% auf 49,6 Mrd. S Diese vergleichsweise geringe Zunahme hat mehrere Ursachen: Erstens wurden 1992 4,8 Mrd. S aus anderen Finanzierungsquellen (Unfallversicherung usw.) bereitgestellt; zweitens hat sich die „Belastungsquote“ (das Verhältnis von Aktiven zu Pensionisten) weiter verbessert 1992 entfielen auf 1 000 Aktive 581 Pensionen (1991 waren es 588 gewesen, 1990 593) Diese günstige Entwicklung ist auch konjunkturbedingt, bei einer Abschwächung der Beschäftigung dürfte sich die Belastungsquote wieder verschlechtern.

Hohe Überweisungen an andere Träger öffentlichen Rechts

Der Bund überwies 1992 an andere Träger öffentlichen Rechts insgesamt 167,3 Mrd S, das ist mehr als ein Viertel der Gesamtausgaben des Bundes Davon entfielen jedoch 19,4 Mrd S auf Zahlungen innerhalb des Bundeshaushaltes, denen entsprechende Einnahmen gegenüberstehen, sodaß diese Ausgaben saldenneutral sind Ein erheblicher Teil der Überweisungen innerhalb des Bundeshaushaltes ist für Abgeltungen an die ÖBB bestimmt (7,0 Mrd S); eine weitere große Ausgabenkomponente sind die erwähnten Zahlungen des Familienlastenausgleichsfonds an die Arbeitslosen-

versicherung für das Karenzurlaubsgeld (4,6 Mrd. S)

Ein erheblicher Teil der Transfers des Bundes fließt an die Länder Neben den erwähnten Überweisungen des Personalaufwands (einschließlich der Pensionen) für die Landeslehrer (36,1 Mrd S) spielen die Wohnbauförderungsmittel eine wichtige Rolle Die Länder erhielten für die Wohnbauförderung 1992 21,5 Mrd. S (+10%) Diese hohe Zuwachsrate spiegelt die kräftige Zunahme des Aufkommens an einkommensabhängigen Steuern — 9,2% der Einnahmen an Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Kapitalertragsteuer I sind für die Wohnbauförderung zweckgewidmet Neben den Ländern erhalten die Sozialversicherungsträger die höchsten Transfers (66,9 Mrd. S) Außer den beschriebenen Bundeszuschüssen und den Zahlungen für die Ausgleichszulagen fließen Zahlungen von der Arbeitslosenversicherung an die Pensionsversicherung (2,4 Mrd S) sowie vom Familienlastenausgleichsfonds an die Sozialversicherung

Zunahme der Finanzierungsausgaben gebremst

Unter den Finanzierungsausgaben spielt der *Finanzschuldenaufwand* eine entscheidende Rolle Insgesamt erforderte er 1992 81,7 Mrd. S (+6,9%), davon entfielen 80,1 Mrd S auf Zinsen (1991 74,7 Mrd. S) und 1,6 Mrd. S (1991 1,7 Mrd. S) auf den sonstigen Finanzschuldenaufwand (Emissionsverluste usw.) Unter den gesamten Zinsausgaben machten die Zinsen im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen 7,3 Mrd S aus; ihnen stehen gleich hohe Einnahmen gegenüber Für den Budgetsaldo sind somit 72,8 Mrd S an Zinsen relevant (1991 67,2 Mrd. S) Die Zinsausgaben stiegen 1992 schwächer als die Netto-Steuerereinnahmen, die Zinsen-Steuerquote, die häufig als ein Maßstab für die Entwicklung des Budgetspielraums herangezogen wird, verbesserte sich: Die Zinsausgaben erforderten 1992 21,4% der Netto-Steuerereinnahmen (1991 war das Verhältnis mit 21,7% etwas ungünstiger gewesen) Die Zunahme der Zinsausgaben entfällt ausschließlich auf die Schillingsschuld, die Zinsen für die Fremdwährungsschuld blieben mit 10,0 Mrd. S

Ausgaben zur Finanzierung

Übersicht 9

	1991 Erfolg	1992 Bundes- voranschlag Mrd S	1992 Vorläufiger Erfolg	1991/92 Veränderung in %
Finanzschuldenaufwand	76,4	84,8	81,7	+ 6,9
Zahlungen aus Haftungsübernahmen	24,4	21,4	21,3	-12,5
Zahlungen an andere Träger öffentlichen Rechtes	57,0	60,9	60,0	+ 5,3
Zahlungen an Unternehmungen	22,9	24,8	24,7	+ 8,0
Ausgaben für Beteiligungen, Wertpapiere und Darlehensgewährungen	5,0	7,5	4,2	-15,0
Zuführung an Rücklagen (einschließlich Reservefonds)	10,7	0,5	12,7	+18,6
Sonstige	3,8	4,1	3,9	+ 3,4
Insgesamt	200,0	203,9	208,5	+ 4,2

im Vergleich zu 1991 unverändert. Der Anstieg der Zinsausgaben ist nicht nur durch die Zunahme der Finanzschuld bedingt, sondern auch durch einen Anstieg des durchschnittlichen Zinssatzes.

Ein wichtiger Bereich sind die Zahlungen in Zusammenhang mit *Haftungsübernahmen*. Drei Komponenten fallen ins Gewicht: die Exporthaftungen, die Zahlungen an die ÖIAG und an die ASFINAG. Die Exporthaftungen (Förderungen) erforderten 1992 13,7 Mrd S, 1991 16,0 Mrd S. Trotz dieses spürbaren Rückgangs der Ausgaben reichten die Einnahmen im Zusammenhang mit der Exportförderung nicht aus die Aufwendungen zu decken, sodaß 1992 wie auch 1991 der Budgetabgang durch die Exporthaftungen belastet war. Der Abgang im Rahmen der Exportförderung war jedoch 1992 mit 1,3 Mrd S etwas geringer als 1991. Auch für die ÖIAG waren 1992 weniger Mittel erforderlich (6,1 Mrd. S) als 1991 (6,5 Mrd S). Für die ASFINAG wurden im Rahmen der Haftungen 4,4 Mrd S überwiesen (1991 4,3 Mrd. S). Die Haftungsübernahmen waren insgesamt sehr genau veranschlagt, sodaß es im Vollzug keine nennenswerten Abweichungen gab.

Die *Transfers an die Unternehmen* sind sehr heterogen. Zu dieser Gruppe der Ausgaben gehören sowohl Zahlungen an die Land- und Forstwirtschaft als auch an Industrie und Gewerbe, den Fremdenverkehr sowie an Kreditunternehmen. Die Ziele sind ebenfalls sehr unterschiedlich. Sie reichen von *Preisstützungen* und *Zuschüssen* für Bergbauern über *Zinssenzuschüsse* in verschiedensten Aktionen bis hin zu *Zuschüssen* an Ban-

ken. Der Großteil der Zahlungen an die Land- und Forstwirtschaft entfällt auf marktordnungspolitische Maßnahmen (für Milch und Milchprodukte, Brotgetreide, Tiere und tierische Produkte usw.). Für diese Zwecke wurden 1992 8,6 Mrd S aufgewendet (1991 7,7 Mrd. S). Für Flächenprämien erhielt die Landwirtschaft 0,97 Mrd. S; an Bergbauernzuschüssen wurden 0,92 Mrd. S aufgewendet, das ist aber weniger als 1991 (0,94 Mrd. S). Die Zinssenzuschüsse für Agrarinvestitionskredite erforderten 1992 0,87 Mrd S.

Die Förderungen für den *Fremdenverkehr* wurden 1992 erstmals seit mehreren Jahren wieder angehoben. Sie stiegen um 5½% auf 445 Mill. S. Die Zahlungen an *Industrie und Gewerbe* ergeben ein recht unterschiedliches Bild. Einer kräftigen Zunahme der Mittel für die Aktionen nach dem *Gewerbestrukturverbesserungsgesetz* (+23%) stehen andererseits geringere Mittel für die Finanzierungsgarantiegesellschaft oder die Bürges gegenüber. Insgesamt stagnierten die

Förderungen für Industrie und Gewerbe 1992 auf 1,13 Mrd S. Die Zahlungen an Unternehmen im Rahmen der Arbeitsmarktförderung wurden hingegen spürbar ausgeweitet (+25%), hier war eine merkliche Umschichtung zu den Förderungen gemäß § 39a Arbeitsmarktförderungsgesetz zu verzeichnen.

Deutlich rückläufig waren 1992 die Aufwendungen für das *Finanzvermögen*. Die Ausgaben für Beteiligungen fielen mit 0,93 Mrd. S nicht nur um mehr als die Hälfte geringer aus als 1991 und blieben auch im Vollzug unter dem Voranschlag, diese Aufwendungen waren überdies die geringsten seit Mitte der siebziger Jahre. Der Bund versucht, seine Unternehmerfunktionen abzubauen. Die Wertpapierkäufe stagnierten 1992 bei 2 Mrd. S. Diesen Käufen (Ausgaben) standen Verkäufe (Einnahmen) in Höhe von 2,1 Mrd S gegenüber. Der Budgetsaldo wurde daher durch die Wertpapiertransaktionen kaum betroffen.

Kräftig aufgestockt wurden 1992 die Rücklagen. Einschließlich der Zuführung zum Reservfonds nach dem *Arbeitslosenversicherungsgesetz* wurden 1992 12,7 Mrd S den Rücklagen zugeführt (+18,6%). 6,1 Mrd S davon entfielen auf die Ausgleichsrücklage, der Reservfonds nach dem *Arbeitslosenversicherungsgesetz* wurde um 0,6 Mrd. S aufgestockt.

**Deutliche Zunahme der
Steuereinnahmen**

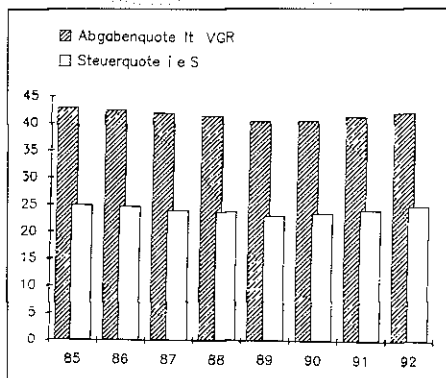
Die *Gesamteinnahmen* des Bundes erhöhten sich 1992 um 6,2% auf 591,6 Mrd. S; zwischen der Entwick-

Einnahmen in ökonomischer Gliederung

Übersicht 10

	1991 Erfolg	1992 Bundesvor- anschlag Mrd S	1992 Vorläufiger Erfolg	1991/92 Veränderung in %
Steuern (netto)	309,9	330,5	340,2	+ 9,8
Steuerähnliche Einnahmen	75,6	85,0	86,0	+13,7
Betriebseinnahmen	84,8	89,7	89,4	+ 5,5
Sonstige	86,8	80,5	76,1	-12,4
Insgesamt	557,2	585,7	591,6	+ 6,2
Anteile in %				
Steuern (netto)	55,6	56,4	57,5	
Steuerähnliche Einnahmen	13,6	14,5	14,5	
Betriebseinnahmen	15,2	15,3	15,1	
Sonstige	15,6	13,7	12,9	
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	

Abgaben- und Steuerquote *Abbildung 3*
In % des Brutto-Inlandsproduktes



Die Abgaben- und Steuerquote steigt seit 1989 wieder und erreichte 1992 nahezu das Niveau von 1985.

lung der einzelnen Komponenten bestehen erhebliche Abweichungen. Die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen stiegen kräftig, die sonstigen Einnahmen waren jedoch um mehr als 12% geringer als im Vorjahr und dämpften dadurch die Gesamteinnahmen. Sie blieben auch erheblich hinter den Erwartungen des Voranschlags zurück.

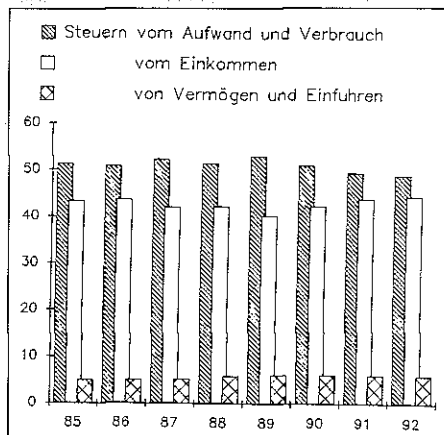
Das Brutto-Steueraufkommen erhöhte sich 1992 um 9,5% auf 509,1 Mrd. S. Dadurch ist die Steuerquote (Anteil des Steueraufkommens am BIP) auf 25% gestiegen, den höchsten Wert seit 1985. Von diesem Bruttoaufkommen blieben dem Bund rund zwei Drittel, ein Teil der Überweisungen fließt jedoch (als steuerähnliche Einnahmen) wieder in den Bundeshaushalt zurück. Netto blieben dem Bund 1992 340,2 Mrd. S an Steuereinnahmen, um 9,9% mehr als 1991.

Deutliche Verschiebungen in der Steuerstruktur

Die Steuerstruktur verschob sich 1992 deutlich zu den Steuern vom Einkommen, wenngleich in Österreich im Gegensatz zu den meisten westeuropäischen Industrieländern noch immer die Steuern vom Aufwand und Verbrauch den Hauptteil des Steueraufkommens erbringen. Auf die Steuern vom Einkommen entfielen 1992 44,7% des gesamten Steueraufkommens. Das ist der höchste Anteil, der jemals erreicht wurde.

Die starke Zunahme der Steuereinnahmen ist teils auf diskretionäre

Steuerstruktur *Abbildung 4*
Anteile an den Brutto-Steureinnahmen in %



Die Steuerstruktur verschiebt sich spürbar zu den Steuern vom Einkommen.

Maßnahmen (z. B. Einbeziehung der Notenbank in die Körperschaftsteuerpflicht, Erhöhung und Ausweitung der Mineralölsteuer), teils auf den Progressionseffekt zurückzuführen. Neben den erwähnten steuerlichen Maßnahmen beeinflussten auch die Umstellung in der Besteuerung alkoholischer Getränke sowie die Einführung der Normverbrauchsabgabe anstelle des erhöhten Satzes der Mehrwertsteuer (auf Pkw) das Steueraufkommen.

1992 wurden mit der Umgestaltung der Getränkebesteuerung und der Einführung der Normverbrauchsabgabe anstelle des erhöhten Satzes der Mehrwertsteuer auf Pkw wichtige Schritte zum Umbau des Steuersystems gesetzt.

Der Progressionseffekt wirkte vor allem in der Lohnsteuer. Ihr Aufkommen wuchs 1992 um 10,2% auf 134 Mrd. S. Der Anteil der Lohnsteuer an den Masseneinkommen erhöhte sich dadurch auf 10,3% (1991 9,9%). Damit liegt diese Quote nur noch geringfügig unter ihrem Höchstwert von 1988 (10,5%). Die Kapitalertragsteuern brachten ebenfalls (ohne diskretionäre Maßnahmen) hohe Erträge. Zusammen lagen die Einnahmen aus den Kapitalertragsteuern bei 14,9 Mrd. S. (+22%). Diese kräftige Zuwachsrate spiegelt teils das höhere Zinsniveau, teils aber auch hohe Ausschüttungen an die Kapitalgesellschaften. Die Körperschaftsteuereinnahmen stiegen 1992 aufgrund der Einbeziehung der Notenbank in die

Körperschaftsteuerpflicht überdurchschnittlich stark (+37%); ohne diese Maßnahme wäre die Zuwachsrate nur halb so groß gewesen.

Die Einnahmen aus Einkommensteuer (+3,3%) und auch aus den Gewerbesteuern (+5,1%) wuchsen etwas schwächer. Insbesondere im Einkommensteueraufkommen machten sich die schwachen Abschlußzahlungen bemerkbar: Die automatische Anhebung der Vorauszahlungen gegenüber dem Vorjahr dämpft die Abschlußzahlungen, weil die Gewinne schwächer steigen.

Die Steuern vom Aufwand und Verbrauch entwickelten sich 1992 recht unterschiedlich. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer (als aufkommenstärkster Steuer) stiegen 1992 um 5,7% auf 173,0 Mrd. S. Durch die Aufhebung des erhöhten Satzes (von 32%) auf Pkw fiel diese Zuwachsrate deutlich geringer aus, als aufgrund des Wirtschaftswachstums zu erwarten gewesen wäre. Rechnet man die Einnahmen aus der neugeschaffenen Normverbrauchsabgabe auf Pkw (4,4 Mrd. S.) hinzu, dann ergibt sich eine Aufkommenselastizität, die dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Kräftig stiegen auch die Einnahmen aus der Mineralölsteuer (+21,7%), weil die Sätze auf Benzin und steuerbegünstigtes Gasöl (nicht auch auf Diesel) spürbar angehoben wurden und die Heizöle leicht, mittelschwer und schwer ab 1992 in die Mineralölsteuerpflicht einbezogen wurden (20 S je 100 kg).

Die Umstellung in der Besteuerung der alkoholischen Getränke (von der wertabhängigen Alkoholabgabe zu mengenabhängigen Steuern) hat hingegen das Steueraufkommen gedämpft. Im Jahr 1992 brachten die Steuern auf alkoholische Getränke insgesamt um 8,7% weniger Einnahmen als 1991. Überdies ließ sich der erwartete höhere Gewinnanteil im Branntweinmonopol nicht realisieren (im Bundesvoranschlag war mit einer Zunahme des Einnahmenüberschusses um 0,5 Mrd. S. gerechnet worden, tatsächlich wurden jedoch nur 0,1 Mrd. S. realisiert). Diese geringeren Einnahmen aus dem Alkoholkonsum waren zum Teil durch reale Verbrauchsrückgänge bedingt. Wie die Steuern auf alkoholische Getränke

stagnierte 1992 auch die Tabaksteuer

Die *steuerähnlichen Einnahmen* — sie sind großteils zweckgebunden — stiegen 1992 insgesamt um 13,4% auf 86,0 Mrd S. Die kräftige Zunahme ist vorwiegend auf die Anhebung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge (von 4,4% auf 4,9%) zurückzuführen. Sie brachte mehr als 3 Mrd. S an zusätzlichen Einnahmen. Außerdem erhielt der Familienlastenausgleichsfonds 1992 wieder die Anteile an der Lohn- und Einkommensteuer (2,29%), die 1991 ausgesetzt gewesen waren. Das erhöhte ebenfalls die steuerähnlichen Einnahmen um 3,8 Mrd. S. Der Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds stieg 1992 um 6,6% auf 34,2 Mrd. S. Für die Budgetkonsolidierung leisten allerdings die steuerähnlichen Einnahmen aufgrund ihrer Zweckbindung keinen Beitrag.

Die Einnahmen der *Bundesbetriebe* betragen 1992 89,4 Mrd S (+5,5%). Der Voranschlag wurde insgesamt ziemlich genau erreicht. Die Einnahmen der Post waren 1992 mit 54,1 Mrd. S um 5,9% höher als 1991. Die einzelnen Bereiche entwickelten sich hier recht unterschiedlich: Die Gebühren (für Briefe usw.) stiegen 1992 aufgrund von Anhebungen kräftig (+10,6%). Aus dem Fernspreverkehr, der wichtigsten Einnahmenkomponente der Post, ergaben sich mit 30,9 Mrd S um 4,5% höhere Einnahmen als 1991. Allerdings wuchsen die Erträge aus bestimmten Kommunikationseinrichtungen (z. B. Autotelefon), die gesondert im Budget verrechnet werden, um 16,6% auf 2,9 Mrd. S. Im Omnibusdienst blieben die Einnahmen 1992 hingegen hinter dem Vorjahr zurück.

Die Einnahmen der Bahn stiegen 1992 um 5% auf 31,8 Mrd. S. Aus dem Personenverkehr wurde um 2% mehr erlöst als 1991; die Tarifierhöhung konnte damit nicht vollständig umgesetzt werden. Die Güterverkehrseinnahmen erhöhten sich um 5,9%, obwohl das transportierte Gütervolumen sank.

Die *sonstigen Einnahmen* lagen 1992 mit 76,1 Mrd S nicht nur um 12,4% unter dem Vorjahreswert, sondern auch um 4,4 Mrd. S unter dem Voranschlag. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aus geringeren Rücklagenentnahmen (1992 wurden

Entwicklung der Finanzschuld

Übersicht 11

	Stand 31 Mrd S	Dezember 1991 In % der Gesamtsumme	Stand 31 Mrd S	Dezember 1992 In % der Gesamtsumme	1991/92 Veränderung in %
Anleihen	267,1	28,5	317,0	32,0	+18,7
Bundesobligationen	107,0	11,4	98,3	9,9	-8,1
Schatzscheine	122,5	13,1	107,8	10,9	-12,0
Notenbankschuld	0,5	0,0	0,5	0,1	+10,0
Versicherungsdarlehen	71,0	7,6	80,2	8,1	+12,9
Bankendarlehen	221,2	23,6	216,0	21,8	-2,3
Sonstige	0,1	0,0	0,1	0,0	-6,8
Inlandschuld insgesamt	789,3	84,2	819,9	82,6	+3,9
Anleihen	140,3	15,0	159,0	16,0	+13,3
Auslandskredite	8,1	0,9	13,1	1,3	+61,8
Auslandschuld insgesamt	148,4	15,8	172,1	17,4	+16,0
Insgesamt	937,7	100,0	992,0	100,0	+5,8

5,8 Mrd. S entnommen, 1991 hingegen 22,4 Mrd. S), die Differenz zum Voranschlag ist auf nicht realisierte Vermögensveräußerungen zurückzuführen (rund 7 Mrd. S). Um rund 3 Mrd. S geringer als 1991 waren auch die Einnahmen im Zusammenhang mit Exporthaftungen. Auf der anderen Seite brachte die Sonderdividende der Tabakwerke und der Salinen je 1 Mrd. S zusätzlich, auch die Gewinnabfuhr der Notenbank war mit 6,9 Mrd. S um 1,7 Mrd. S höher als 1991.

Fremdwährungsanteil an der Finanzschuld nahm leicht zu

Der Bund nahm 1992 108,9 Mrd. S an Krediten auf, dem standen 41,0 Mrd. S an Tilgungen gegenüber. Wie in den Vorjahren wurde zwar der Großteil der Kreditaufnahmen in Schilling getätigt, doch hat sich erstmals seit mehreren Jahren der Fremdwährungsanteil wieder erhöht (auf 17,4%, 1991 15,8%). Innerhalb der *Schillingschuld* setzte sich die Verlagerung zu den titrierten Krediten (Anleihen usw.) fort. Die Kredite der Banken verloren hingegen an Bedeutung. Der Anteil der Inlandsanleihen an der gesamten Finanzschuld stieg auf 32%, das ist der höchste Wert seit 1973. Auf die titrierte Schillingschuld entfielen 1992 53%, etwa gleich viel wie 1991.

In der *Fremdwährungsschuld* von 172,1 Mrd. S sind die Forderungen und Verbindlichkeiten aus den Währungstauschverträgen in Höhe von 1,6 Mrd. S enthalten. Mehr als 90% der Fremdwährungsschulden wurden in DM, Schweizer Franken und Yen

aufgenommen.

Die *Finanzschuld* des Bundes betrug Ende 1992 992,0 Mrd. S (1991 937,7 Mrd. S). Die Zunahme um 54,3 Mrd. S ist deutlich geringer als das Nettodefizit. Das erklärt sich damit, daß die Rücklagenzuführungen sich zwar im Defizit niederschlagen, aber keine Kreditaufnahmen erfordern. Die Konversionen, die 1991 die Finanzschuld erhöht hatten, dämpften sie 1992 um 14,4 Mrd. S. Die Kursverluste übertrafen insgesamt die Kursgewinne um rund 2,3 Mrd. S und erhöhten um diesen Betrag die Finanzschuld.

Zusammenfassung

Der Bund baute zwar 1992 das Budgetdefizit nicht weiter ab, tätigte aber andererseits erhebliche Rücklagenzuführungen. Ohne diese Maßnahmen wäre das Konsolidierungsziel erreicht worden. Dadurch wurden aber finanzielle Reserven für die kommenden Jahre angelegt. Die Rücklagenaufstockungen erklären auch die Abweichungen des Defizits zwischen Voranschlag und Budgetvollzug. Der Bundeshaushalt wirkte 1992 restriktiv. Das läßt sich aus zwei Faktoren erklären: Zum einen wurden die Entzugseffekte der Steuern 1992 stärker, zum anderen zeigte sich in den Ausgaben mit hoher Nachfragewirksamkeit eine gewisse Zurückhaltung. Probleme könnten sich mittelfristig aus den wieder rasch wachsenden Sozialausgaben und den Transfers an andere öffentliche Rechtsträger ergeben. Dieser Bereich wird künftig besondere Aufmerksamkeit erfordern.